

Minister zu Gast in Duisburg

Diskussion statt Demo

Neun Monate nach Übernahme der Verantwortung folgte Justizminister Thomas Kutschaty am 4. 4. 2011 der Einladung der mit rund 220 Mitgliedern zweitstärksten Bezirksgruppe. Der Bezirksgruppenvorsitzende StA Jochen Hartmann erinnerte daran, dass sich im Frühjahr 2006 neun Monate nach Amtsübernahme seiner Vorgängerin die Richter und Staatsanwälte in NRW erstmals zu einer Demonstration der Geschlossenheit zusammengefunden hatten, neun Monate nach Amtsantritt Kutschats aber dieser Diskussionsabend möglich war.

Offenkundig gut gelaunt, kurzweilig, in freier Rede und druckreif sprach der Justizminister vor den Mitgliedern aus Duisburg; anwesend waren Gäste aus dem Nachbarbezirk Essen und der Landesvorsitzende des DRB RAG Reiner Lindemann. Der Minister, ein Vollprofi, der sich unter den Justizjuristen erkennbar wohlfühlte, redete noch lange nach offiziellem Ende der Veranstaltung mit den Mitgliedern in kleiner Runde.

In der Sache bekräftigte der Minister bekannte Positionen; er ging aber auch plastisch ins Detail.

Der Staatsanwaltsrat vor Ort kommt ins LPVG

So wiederholte er seine Zusage, dass in dieser Legislaturperiode viele Anliegen und Forderungen der DRB-Mitglieder durchgesetzt werden würden, so z. B. die Einführung der Mitbestimmung der Staatsanwälte vor Ort (Staatsanwaltsrat) im neuen LPVG. Gerade zu diesem Thema hatte der Minister als neuer Abgeordneter in der vergangenen Wahlperiode im Landtag seine Jungfernrede gehalten. Auch deshalb stehe er zu diesen Anliegen.

Große Ausgaben und Aufgaben für die Justiz sieht der Minister im Betreuungsrecht. Er wünsche sich eine „Woche des Betreuungsrechtes“, um diesem wichtigen Rechtsgebiet die erforderliche öffentliche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Der jährliche Anstieg von 10 Mio. € bei den Zahlungen an Berufsbetreuer müsse gebremst werden. Denn der Landeshaushalt leide hier schon jetzt unter den erheblichen Belastungen von über 170 Mio.

€. Beratungen zu Vorsorgevollmachten und andere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen könnten helfen, überflüssige Kosten einzusparen und den Justizhaushalt für andere Aufgaben stark zu halten. DAG Dr. Einhard Franke (Mülheim) und RAG Lars Mückner (Duisburg) wiesen darauf hin, dass bei einem schlechten Ansehen der Justiz und enormem Arbeitsdruck in Betreuungssachen die langjährigen Forderungen des DRB nach einer besseren Berücksichtigung bei PebbSy und einer Richterassistenz eher dazu dienten, Alternativen zur kostspieligen rechtlichen Betreuung zu finden.

Justiz als harter Standortfaktor

Justiz müsse sich, so Kutschaty, auch als Dienstleister der Wirtschaft verstehen. Justiz sei ein wichtiger und wertvoller Standortfaktor für NRW; Ansiedlungen von Firmen gelingen unter Verweis auf saubere und schnell geführte Handelsregister, sichere Grundbucheinträge, zeitnahe Urteile und eine sichere Vollstreckung. Dies sei zukünftig auch auf europäischer Ebene sicherzustellen.

Im Eilschritt begründete der Minister seine Ablehnung der Juristenausbildung nach dem sogenannten Bologna-Modell, sein Plädoyer für Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen und für Prävention. Selbst Rechtskundeunterricht könne durch Informationen (bspw. über Handyverträge, Vertragsfallen im Internet etc.) helfen, Devianz vorzubeugen.

StAin Devrim Ermis äußerte Skepsis, ob ein freiwilliges Angebot von Arbeitsge-

meinschaften ähnlich viele Schüler erreiche wie eine flächendeckende Stärkung emotionaler Kompetenz als normales Unterrichtsfach.

Mediation und Geschlechterquote gehörten genau wie die Finanzmisere zu den Eckpunkten des weiteren Vortrages des Ministers. Von besonderer Bedeutung waren ihm die Aufwertung und der Blick auf die Opfer von Straftaten, die mehr als Subjekt verstanden werden sollten. Verständnisvolles Zuhören und Agieren sei von hoher Bedeutung, damit Opfer ihre Lage besser verarbeiten können. Das Land werde noch in diesem Jahr erstmals einen Opferschutzbericht vorlegen.

VRLG Christoph Brede (LG Essen) wurde vom Minister auf seine Frage, wie freiwillige Lebensarbeitszeitverlängerungen geregelt werden würden, humorig beschieden, ein früherer Ruhestand sei einfacher möglich als die Verlängerung eines Dienstverhältnisses bei einem unabhängigen Richter – auch schwarze Schafe hätten Anspruch auf Gleichbehandlung, wenn guten Kollegen über das 65. Lebensjahr hinaus zu arbeiten gestattet würde. Zudem würden Aufstiegsmöglichkeiten für junge Kolleg-innen benötigt.

Der Minister stellte sich auch vielen weiteren kritischen Anmerkungen und Fragen, ohne dabei in Politjargon oder feindliche Abwehr zu verfallen.

Die Einladung zur Teilnahme am Drachenbootrennen nahm er gerne an, zumal – worauf der Bezirksvorsitzende Hartmann verwies – er dann in einem schönen knallroten T-Shirt der DRB-Justizdragons antreten könnte, eine Farbe, die ihm eigentlich zusagen müsste.



Rin Hahn, RAG Happe, RAG Lindemann, JM Kutschaty, StA Hartmann, RLG Ulrich, StA Hartung

An seinen Taten und dem Durchsetzbar-
ren werden wir diesen Minister messen
müssen, aber wenn wir den Worten trauen
dürfen, hat die Justiz in NRW nicht nur ei-
nen „Vortuner in Düsseldorf“ (O-Ton!),
sondern einen Minister, der die Justiz auch
gegenüber dem Finanzminister offensiv
vertritt (so werden z. B. auf seine Initiative
hin endlich zunehmend „Kettenarbeitsver-
träge“ der Justizfachangestellten in unbe-
fristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt).

Die Mitglieder der Bezirksgruppe
Duisburg schenkten den bisherigen
Vorstandsmitgliedern unter der Führung
von Jochen Hartmann bei den turnus-
gemäß stattfindenden Wahlen erneut –
und durchweg einstimmig – ihr Vertrau-
en. Als Assessorenvertreter wurde StA
Dr. Hannes Meyer-Wieck verabschie-
det und StA Allan Bauer neu gewählt.